

16.09.22**Beschluss**
des Bundesrates

**Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
EU-Strategie für Solarenergie
COM(2022) 221 final**

Der Bundesrat hat in seiner 1024. Sitzung am 16. September 2022 gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG die folgende Stellungnahme beschlossen:

1. Der Bundesrat begrüßt die vorliegende Mitteilung, die das Ziel verfolgt, die fotovoltaische Solarenergie in der EU auf mehr als 320 Gigawatt (GW) bis zum Jahr 2025 und 600 GW bis zum Jahr 2030 auszubauen. Fotovoltaik ist eine der Schlüsseltechnologien der Energiewende in Europa. Vor dem Hintergrund des Ziels einer europäischen Energiesouveränität als Antwort auf den anhaltenden völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine besteht die strategische Notwendigkeit einer starken Fotovoltaikindustrie in Europa. Die Fotovoltaikindustrie steht gegenwärtig vor großen Herausforderungen, insbesondere bei den Themenfeldern Fachkräftemangel, hohe Produktionskosten auf Grund gestiegener Rohstoff- und Energiepreise sowie bestehende Abhängigkeiten von China bei Ausgangsmaterialien und Technologie. Der Bundesrat befürwortet vor diesem Hintergrund die vier in der EU-Strategie für Solarenergie enthaltenen Initiativen zur Europäischen Solardach-Initiative, zur Beschleunigung und Vereinfachung von Genehmigungsverfahren, zur Fachkräftesicherung sowie zur Europäischen Allianz für die Fotovoltaikindustrie.

2. Resiliente Lieferketten innerhalb der EU, eine Absicherung der Versorgung mit Rohstoffen sowie eine starke Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten bilden die Grundlage für den Aufbau einer europäischen Fotovoltaikproduktion mit strategischer Bedeutung für die europäische Energiesouveränität und für das Erreichen der Fotovoltaikausbauziele der EU-Solarstrategie. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung daher, sich dafür einzusetzen, der möglichen Gefährdung der Fotovoltaikausbauziele auf Grund mangelnder Verfügbarkeit von Rohstoffen effektiv entgegenzuwirken.
3. Eine wesentliche Säule der EU-Strategie für Solarenergie bildet die Initiative „Europäische Allianz der Solarindustrie“, welche das Ziel verfolgt, eine widerstandsfähige Fotovoltaikindustrie entlang der gesamten Wertschöpfungskette in der EU anzusiedeln. Eine der größten Herausforderungen für die europäische Fotovoltaikindustrie besteht im wirtschaftlichen Wettbewerb mit einer stark subventionierten oder gedumpte Fotovoltaikmodulproduktion im außereuropäischen Ausland. Der Bundesrat weist darauf hin, dass die EU-Strategie für Solarenergie keine Maßnahmen enthält, welche Fotovoltaikhersteller in der EU angesichts gedumpter und subventionierter Importe hinreichend unterstützen. Er bittet daher die Bundesregierung, sich bei der Kommission für die Prüfung geeigneter Maßnahmen zur Herstellung fairer Wettbewerbsbedingungen („level playing field“) für die europäische Fotovoltaikindustrie im Verhältnis zu Herstellern aus Drittstaaten einzusetzen.
4. Um das Erreichen der mit der EU-Strategie für Solarenergie anvisierten Ausbauziele im Bereich der Fotovoltaik zu beschleunigen und die innerhalb der EU verfügbare Fläche hierfür möglichst effizient zu nutzen, bittet der Bundesrat die Bundesregierung, sich für die Prüfung eines Effizienz- beziehungsweise Wirkungsgradstandards nach dem „Top-Runner“-Prinzip für Solarmodule einzusetzen, welche in der EU installiert oder in Betrieb genommen werden, und zügig auf eine EU-weite Umsetzung hinzuwirken.
5. Die EU-Strategie für Solarenergie umfasst eine Initiative zur Behebung des Fachkräftemangels in der gesamten Fotovoltaikbranche in Europa. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, auf Grund der enormen Bedeutung der hinreichenden Verfügbarkeit von qualifizierten Fachkräften für das Erreichen der Fotovoltaikausbauziele geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung des Fachkräfte-

mangels und zur Sicherung des Fachkräftebedarfs in der Fotovoltaikindustrie zu ergreifen und zügig umzusetzen.

6. Der Bundesrat stellt fest, dass die Initiative „Europäische Allianz der Solarindustrie“, welche den Aufbau einer starken europäischen Fotovoltaikindustrie anstrebt, die Branchenproblematik der hohen Kapitalkosten auf Grund hoher Risikobeaufschlagung noch nicht in geeigneter Weise berücksichtigt. Die Fotovoltaikindustrie in Europa wird bei der Kapitalbeschaffung bislang mit einer hohen Risikobeaufschlagung auf Grund nichtangepasster Ausbauprognosen im Bereich der Fotovoltaik durch die Europäische Investitionsbank konfrontiert. Der Bundesrat erwartet, dass die Problematik der hohen Kapitalkosten durch die in der EU-Strategie für Solarenergie enthaltenen Fotovoltaikausbauziele spürbar entschärft wird. Er bittet die Bundesregierung, sich im weiteren Verfahren für eine Anpassung der Risikobeaufschlagung durch die Europäische Investitionsbank einzusetzen.